

Niederschrift

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 26.04.2022
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Martin Warning SPD

reguläre Mitglieder

Roland Schippmann	Träger der freien Jugendhilfe	
Jutta Reinders	DIE LINKE.PARTEI	Vertretung für: Lisa Kranig - bis TOP 10.4 bis TOP 14
Chris Günther	CDU/UFR	
Jahn Osterloh	CDU/UFR	
Reinhard Knisch	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Nicole Peter	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Stefan Koch	Rostocker Bund	Vertretung für: Jobst Mehlan
Stefan Treichel	AfD (fraktionslos)	
Sören Clasen	Träger der freien Jugendhilfe	Vertretung für: Anke Baumann
Hanka Bobsin	Träger der freien Jugendhilfe	
Christina Fiedler	Träger der freien Jugendhilfe	
Ira Leithoff	Träger der freien Jugendhilfe	
Katrin Schankin	Träger der freien Jugendhilfe	

beratende Mitglieder

Sven Heilmann
Dagmar Lüthke
Dirk Panzner

Abwesend

reguläre Mitglieder

Lisa Kranig	DIE LINKE.PARTEI	entschuldigt
Monique Tannhäuser	DIE LINKE.PARTEI	entschuldigt
Jobst Mehlan	Rostocker Bund	entschuldigt
Anke Baumann	Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt

beratende Mitglieder

Achim Segebarth		entschuldigt
-----------------	--	--------------

Protokoll:

Ines Schröder Amt für Jugend, Soziales und Asyl

Verwaltung:

Steffen Bockhahn	Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule
Bernhard Stuwe	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Bianka Troszynski	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Winfried Schulz	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Marja Beu	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Dr. Dirk Zierau	Rechts- und Vergabeamt
Liane Berkowitz	Kämmereiamt

Gäste:

Herr Schwennigcke - Kita-Stadtelternerat
Herr Benedikter, Frau Plewe - Lunte e. V
Seminargruppe Politikwissenschaften der Uni Rostock

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Fragestunde für Kinder und Jugendliche
- 4 Genehmigung der Niederschriften
- 4.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 15.03.2022
- 4.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 22.02.2022

- | | | |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| 5 | Beschlussvorlagen | |
| 5.1 | Förderung von Leistungen der Jugendhilfe nach §§ 1 und 13 SGB VIII - Lunte e. V. - "pro.beruf plus" | 2021/BV/2740 |
| 5.1.1 | Förderung von Leistungen der Jugendhilfe nach §§ 1 und 13 SGB VIII - Lunte e. V. - "pro.beruf plus"
- Beanstandung des Oberbürgermeisters - | 2021/BV/2740-02 (BE) |
| 6 | Geschäftliche Mitteilungen | |
| 7 | Berichte aus den Unterausschüssen | |
| 8 | Berichte aus der Verwaltung | |
| 9 | Anträge | |
| 10 | Beschlussvorlagen | |
| 10.1 | Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2022/2023 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes | 2022/BV/3009
abgelehnt |
| 10.1.1 | Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2022/2023 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes – 1. Nachtrag zur Beschlussvorlage | 2022/BV/3009-02 (NB)
abgelehnt |
| 10.2 | Ausschreibung der Erarbeitung eines Entwurfs für ein Verfahren zur Berücksichtigung von sozialräumlichen/sozialen Indikatoren in der Leistungserbringung/ -gewährung der Kindertagesbetreuung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock | 2022/BV/3130
ungeändert beschlossen |
| 10.3 | Gründung einer zeitlich befristeten Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 SGB VIII zur Fortschreibung der "Qualitätsstandards für die Schulsozialarbeit der Hansestadt Rostock" vom März 2010 | 2022/BV/3134
ungeändert beschlossen |
| 10.4 | Wahl eines stellv. Mitgliedes Unterausschuss Jugendhilfeplanung | 2022/BV/3153
vertagt |
| 11 | Informationsvorlagen | |
| 11.1 | Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens zur Hortbetreuung im Stadtteil Schmarl | 2022/IV/3184
zur Kenntnis gegeben |
| 12 | Anfragen | |
| 13 | Verschiedenes | |

- 14 Schließen der öffentlichen Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- 15 Berichte aus der Verwaltung
16 Verschiedenes

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Warning, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Die Sitzungsunterlagen wurden den Mitgliedern fristgerecht zugestellt. Um 16:00 Uhr sind 14 Mitglieder anwesend.

2 Änderung der Tagesordnung

Da der Leiter des Rechts- und Vergabebeamtes, Herr Dr. Zierau, aufgrund von Anschlussterminen der Sitzung nur bis 17:00 Uhr beiwohnen kann, schlägt der Vorsitzende die Vorziehung des TOP 9.1 vor (nach dem TOP 4- Genehmigung der Niederschriften). Die Mitglieder stimmen der Änderung zu. Die geänderte Tagesordnung wird mit 13 Befürwortungen und 1 Enthaltung durch die Mitglieder beschlossen.

3 Fragestunde für Kinder und Jugendliche

Frau Schankin nutzt diesen TOP bzgl. einer Rückmeldung aus dem UA JHPL und informiert die Mitglieder, dass der Träger SoBi e. V. den im letzten JHA teilnehmenden Jugendlichen des VHS-Kurses „Demokratieführerschein“ ein Gesprächsangebot unterbreitet hat (Thema: Nutzung von Gebäuden oder Räumen zur freien selbstverwalteten Gestaltung von Jugendfreizeit). Das beinhaltet z. B. die Punkte, was ist möglich, welche Angebote sind nutzbar, welche Alternativen gibt es. Die Kinder- und Jugendbeteiligungsmoderatorin, Frau Dieckmann, steht auch weiter als Ansprechpartnerin und Unterstützerin für die eigenständigen Aktivitäten der Jugendinitiative zur Verfügung. Geplant ist, die Gruppe in den AK offene Kinder- und Jugendarbeit einzuladen, um Bedarfe, Erwartungen und Lösungen abzugleichen. Der UA wird diesen Prozess weiter begleiten. Eine Rückkopplung in den JHA wird erfolgen.

4 Genehmigung der Niederschriften

4.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 15.03.2022

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mit 11 Befürwortungen und 3 Enthaltungen beschlossen.

4.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 22.02.2022

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mit 9 Befürwortungen und 5 Enthaltungen beschlossen.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Förderung von Leistungen der Jugendhilfe nach §§ 1 und 13 SGB VIII - Lunte e. V. - "pro.beruf plus" 2021/BV/2740

Der Vorsitzende fragt die Verwaltung, Herrn Dr. Zierau – Leiter des Rechts- und Vergabeamtes, nach entsprechenden Lösungsschritten bzgl. Rücknahme der Beanstandung. Dieses sollte, wie in der Sitzung vom 01.02. verkündet, dem OB empfohlen werden. Herr Dr. Zierau begründet das mit den sich überschneidenden Schreiben und des ihm da noch nicht vorliegenden Protokolls des JHA vom 01.02.2022. Auf seine Frage, ob ein Ablehnungsbescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung an den Träger ergangen sei und durch Herrn Bockhahn zugesagt wurde, dass die Antwort mit entsprechendem Vorgang ihm morgen sofort zugestellt werde, informiert Herr Dr. Zierau über die entsprechenden Verfahrenswege, die mit und ohne Rechtsbehelf entstünden. Nach längerem Meinungs austausch verdeutlicht Herr Bockhahn nochmals den Situationsverlauf von der am 01.02. korrekt erfolgten Sitzungsdurchführung (die Empfehlungen und Vorgaben des A30 wurden umgesetzt und sind in der NS dokumentiert), über die im Ausschuss zugesagte und nicht erfolgte Zurückziehung der Beanstandung des OB's, dem Schreiben des Innenministeriums. In der BV und Diskussion wurde verdeutlicht, dass nach Auffassung der Verwaltung die Leistungen des Projektes nicht mehr Bestandteil der Jugendhilfe sind und somit nicht durch den JHA gefördert werden können. Dann erfolgte die Mitteilung, dass der Beschluss nicht zulässig sei. Können etwaige Ansprüche durch den Träger entstehen oder nicht? Herr Dr. Zierau verdeutlicht, dass die Verwaltung sich auf der Primärrechtsebene befindet, es könnte ein Widerspruch folgen, es wurden aber die §§ 16 und 17 angewandt, der Widerspruch würde abgelehnt werden. Die Sekundärrechtsebene stelle sich gar nicht.

Herr Koch informiert, dass aus seiner Sicht im JHA die Befangenheit falsch erklärt wurde, denn es wurde nicht ausgeführt, dass auch eine Befangenheit bestehe, wenn ein neutraler Beobachter von außen sage, dass derjenige befangen sei. Weiterhin stellt Herr Koch die Frage, wer denn entscheide, ob was Bestandteil der Jugendhilfe ist. Herr Bockhahn beantwortet die Frage, dass es der Jugendhilfeausschuss sei, der dieses mit großer Mehrheit

entschieden habe. Bzgl. der Befangenheit verdeutlicht Herr Dr. Zierau, dass es auch im schlimmsten Streitfall nichts an einem mehrheitlichen Beschluss ändern würde. Herr Osterloh verdeutlicht, dass sich Befangenheit nicht objektiv feststellen lasse und schlägt vor, falls keine Rücknahme der Beanstandung erfolgen sollte, zu klagen. Dann könne sich das Verwaltungsgericht damit befassen. Herr Dr. Zierau führt u. a. aus, dass die Durchsetzung der Besorgnis der Befangenheit sehr schwierig sei. Auch gibt es keinen Anspruch auf Fördermittel. Wenn der JHA sagt, das Projekt fällt nicht unter das Jugendhilferecht, dann hat das auch inhaltlich keinen Bestand. In Zukunft sollte man gemeinsam schauen, wie man strukturierter solche Themen behandle. In diesem Verfahren sieht er keinen Handlungsbedarf. Nachdem Herr Warning wiederholt seinen Wunsch zur Anwesenheit des Amtes 30 bei Widersprüchen im Ausschuss äußert und die Wichtigkeit von vernünftigen Verfahren aufzeigt, damit korrekt entschieden werden und unterschiedliche Auffassungen gelöst werden können, informiert Herr Dr. Zierau, wie auch im letzten Schreiben des Innenministeriums erwähnt, dass bei Klärungsbedarf das Sozialministerium beratend zur Verfügung stünde. Nachdem Herr Koch nochmal die Thematik Befangen anspricht, Herr Bockhahn ihm die Sachlage nochmals ausführlich erläutert, beantragt Herr Koch für Herrn Benedikter das Rederecht. Durch die Mitglieder wird dieses mehrheitlich mit 3 Befürwortungen, 7 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt. Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Dr. Zierau für seine Ausführungen. Das technische Verfahren bzgl. des wiederkehrenden Beschlusses in Allris werde anschließend noch geklärt.

5.1.1 Förderung von Leistungen der Jugendhilfe nach §§ 1 und 13 SGB VIII - 2021/BV/2740-02 (BE)
Lunte e. V. - "pro.beruf plus"
- Beanstandung des Oberbürgermeisters -

6 Geschäftliche Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert über seinen erfolgten Kontakt zur Seminargruppe Politikwissenschaften der Uni Rostock sowie seine Kontaktaufnahme mit dem Kämmereiamt. Hier informierte er das dortige Amt über die zu erwartende Ablehnung des JHA bzgl. der HH-Vorlage, begründete dieses und versicherte, dass der Ausschuss die geleistete Arbeit des Kämmereiamtes sehr zu schätzen weiß.

7 Berichte aus den Unterausschüssen

Die 1. Stellv. der Ausschussvorsitzenden des UA JHPL, Frau Schankin, informiert über die durch die Verwaltung noch nicht beantworteten Anfragen von Frau Leithoff (zu den Themen Weiterbestand der JSA und SSA, Personalplanung und Entwicklung im Bereich Qualität und Planung des Amtes etc.). Die konkreten Fragen sind im Protokoll des UA JHPL vom 22.02.2022 unter dem TOP Verschiedenes verschriftlicht. Weiterhin verweist sie auf die in der NS des JHA vom 01.02.2022 durch Frau Baumann erfragte Prozessdarstellung und die Arbeitsaufträge des UA JHPL zu Maßnahmen, die sich aus dem veränderten Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes ergeben. Die Verwaltung sagt eine Nachreichung/Beantwortung der noch offenen Anfragen zu.

8 Berichte aus der Verwaltung

Durch die Verwaltung wird ausführlich zu nachfolgenden Themen informiert:

- neue Bevölkerungsprognose wurde erarbeitet – Vorstellung in verschiedenen Ämtern erfolgt; aufgrund Abwanderung ins Umland sinkt Zahl der Kinder und Jugendlichen weiter
- Strukturveränderungen in A50 wird ab 01.07.2022 in Kraft treten, derzeit Prüfung des Entwurfs; es sind 3 Org.-Einheiten vorgesehen; kurze Erläuterung zu den zugeordneten Abteilungen; für zukünftige Ämter 50 und 51 kann zeitnah mit Stellenbesetzungsverfahren für Amtsleitung begonnen werden
- Landesrahmenvertrag Kita – nächste Verhandlungsrunde am 23.05.2022; Vorschläge gehen weit auseinander, gerade im nichtpädagogischen Bereich
- OVG Greifswald hat Klage Kindertagespflegepersonen entgegen dem Wunsch der HRO, aber mit Zustimmung des Rechtsbeistandes der Klagenden vertagt – Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Leipzig soll abgewartet werden – wurde durch VW abgelehnt, da nicht relevant für HRO; Verschiebung wurde trotzdem auf 22.11.2022 terminiert
- Info (aus OB KTV) zu vermehrter Ruhestörung, Vandalismus auf Schulhöfen Margarethenschule und Schulcampus Elisabethwiese; Gespräche wurden geführt (Sozialraumteam und SoBi e. V.) mit Polizei; Hinweis: Jugendhilfe wird kein Ordnungsrecht durchsetzen!; mit A40 wird zusätzliche Bestreifung geprüft – weitere Ausführungen erfolgen durch Frau Leithoff:
 - * verstärkte Gesprächsführung mit Jugendlichen und Anwohnern
 - * Jugendliche wollen pädagogikfreie Räume
 - * es braucht entsprechende Infrastruktur, um Sauberkeit und Ordnung herzustellen (öffentl. Toiletten, Papierkörbe etc.) Träger SoBi ist hier nur bedingt in der Verantwortung.

Die zu diesem Themenblock gestellten Nachfragen der Mitglieder werden durch die Verwaltung beantwortet. Zur Thematik der neuen Ämterstruktur wird die Verwaltung gebeten, für die nächste Sitzung eine Vorlage oder Übersicht aufbereitet den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, um so die Vorzüge der neuen Struktur zu erläutern. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung in einem gesonderten TOP den Mitgliedern die neue Struktur darstellen und entsprechend informieren. Frau Schankin hätte sich eine fachliche Einbindung in den Prozess gewünscht, Herr Osterloh weist vorsorglich darauf hin, dass der zukünftige JAL im Ausschuss anzuhören ist, um die entsprechende Fachlichkeit sicherzustellen. Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, bei dem TOP ebenfalls die Planungen bzgl. der Einbindung des JHA bei der Besetzung der JAL vorzustellen.

Die Verwaltung informiert weiter über:

- einen am Wochenende stattgefundenen medienwirksamen Vorfall, bei dem die stationäre Jugendhilfe im Fokus des Interesses stand; es geht um die Klärung/Schutz und Perspektive eines Kindes.

Anschließend wird durch die Verwaltung anhand einer Präsentation die Hortsituation Schmarl erläutert. Die Präsentation wird den Mitgliedern mit der Niederschrift zugestellt.

Nachdem sich die Mitglieder einstimmig für das Rederecht für Herrn Schwennigcke (Kita-Stadtelterrat) aussprechen, hofft dieser besonders für die Eltern, dass die Vorstellungen zuverlässig sind, da gerade in der Vergangenheit die Umsetzung nicht so gut war und angemessenes Hortangebot nur unter klaren Befristungen möglich erscheint. Herr Bockhahn informiert, dass mit der Interimslösung erstmals seit Jahren der Bedarf gedeckt werden kann. Weiterhin führt er aus, dass eine Doppelnutzung nicht nur aus Wirtschaftlichkeit und

Sparsamkeit entstehen muss. Er verweist auf die Wichtigkeit der Kooperation von Schule und Hort und einer gemeinsamen pädagogischen Sicht.

9 Anträge

10 Beschlussvorlagen

10.1 Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2022/2023 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes 2022/BV/3009

Aufgrund der im letzten JHA erfolgten Einführung durch die Verwaltung wird auf eine erneute Erläuterung verzichtet. Frau Schankin unterstreicht nochmal die bereits im letzten Ausschuss getätigten Aussagen, dass man sich Spielräume für aktuelle Bedarfe wünsche, ohne zeitgleich zu entscheiden, welches andere Angebot dann als nicht förderungswürdig anzusehen sei. Sie hofft weiterhin, dass vielleicht für die Jugendhilfe eine gewisse Pufferzone eingerichtet werden könne. Auf Nachfrage von Frau Günther bzgl. eingeplanter Personalaufstockung in Hinsicht auf die geplante Ämterstruktur informiert die Verwaltung, dass es sich hier nur um die Stelle einer Amtsleitung und eines Vorzimmers handle.

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung (Band I Nr. 1) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Jahre 2022/2023 wird mit Haushaltsplan und Anlagen durch die Bürgerschaft beschlossen (Band I – III, V – VII).
2. Die Bürgerschaft beschließt das Haushaltssicherungskonzept 2022 bis 2025 der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Band I Nr. 9).
3. Die Haushaltssatzungen des Städtebaulichen Sondervermögens der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2022/2023 werden mit Haushaltsplänen und Anlagen beschlossen (Band IV).

(Anlagen)

Abstimmung:

Dafür:	3
Dagegen:	6
Enthaltungen:	5

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	X

10.1.1 Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2022/2023 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes – 1. Nachtrag zur Beschlussvorlage 2022/BV/3009-02 (NB)

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2022/2023 des Kernhaushaltes der Hanse- und Universitätsstadt Rostock inkl. Haushaltsplan und deren Anlagen wird gemäß den Anlagen 1 bis 6 dieses Nachtrages geändert.

Abstimmung:

Dafür:	3
Dagegen:	6
Enthaltungen:	5

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	X

10.2 Ausschreibung der Erarbeitung eines Entwurfs für ein Verfahren zur Berücksichtigung von sozialräumlichen/sozialen Indikatoren in der Leistungserbringung/ -gewährung der Kindertagesbetreuung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

2022/BV/3130

Die Verwaltung begründet, auf Nachfrage von Frau Fiedler und Herrn Knisch, nochmals die Notwendigkeit einer Ausschreibung zur Gewinnung eines externen Partners. Der Vorsitzende lässt die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Zur Erarbeitung eines Entwurfs für ein „indikatorengestütztes Verfahren zur Berücksichtigung von sozialräumlichen/sozialen Indikatoren in der Leistungserbringung/-gewährung der Kindertagesbetreuung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ wird zur Gewinnung eines externen Partners eine Ausschreibung vorgenommen.

Abstimmung:

Dafür:	13
Dagegen:	-
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

10.3 Gründung einer zeitlich befristeten Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 SGB VIII zur Fortschreibung der "Qualitätsstandards für die Schulsozialarbeit der Hansestadt Rostock" vom März 2010

2022/BV/3134

Die Verwaltung zeigt eine redaktionelle Änderung im Beschlusstext an: Ergänzung einer 0 bei der im März genannten Jahreszahl (2010 statt 201). Herr Osterloh zeigt sich erfreut, dass auch das staatl. Schulamt Vertreter in diese AG entsenden. Herr Panzner informiert daraufhin, dass sich sein Amt dieses eingefordert habe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beschließt die Gründung einer zeitlich befristeten Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 SGB VIII zur Fortschreibung der „Qualitätsstandards für Schulsozialarbeit der Hansestadt Rostock“ vom März 2010.

Abstimmung:

Dafür:	14
Dagegen:	-
Enthaltungen:	-

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

10.4 Wahl eines stellv. Mitgliedes Unterausschuss Jugendhilfeplanung**2022/BV/3153*****Frau Reinders verlässt um 17:57 Uhr die Sitzung.***

Der Vorsitzende informiert, auch nach getätigter Nachfrage an die Mitglieder, dass ihm kein Wahlvorschlag vorliege. Somit muss die Vorlage vertagt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss wählt ein stellv. Mitglied für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Vertagt!

11 Informationsvorlagen

11.1 Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens zur Hortbetreuung im Stadtteil Schmarl**2022/IV/3184**

Die Vorlage wurde durch die Mitglieder zur Kenntnis genommen.

12 Anfragen

-

13 Verschiedenes

Frau Lühke informiert die Mitglieder, dass sie heute das letzte Mal an der Sitzung des JHA teilnimmt, da sie sich Anfang Juni in ihren Ruhestand begibt. Ihre Vertreterin wird die Aufgaben ab 07.06.2022 im Ausschuss wahrnehmen. Sie bedankt sich bei dem Gremium und der Verwaltung für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit, besonders hier im Bereich der Jugendgerichtshilfe, für die jahrelange große Unterstützung. Im Namen der Mitglieder und der Verwaltung sprechen Herr Warning und Herr Bockhahn ihren großen Dank an Frau Lühke aus für ihre jahrelange sehr engagierte Arbeit, ihre große Unterstützung und wün-

schen ihr alles erdenklich Gute für den nunmehr folgenden neuen Lebensabschnitt.

14 Schließen der öffentlichen Sitzung

Um 18:00 Uhr wird durch den Vorsitzenden der öffentliche Teil beendet und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

gez. Martin Warning
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

gez. Ines Schröder
Geschäftsführerin